

Von Bürgermeister Dr. Daldrup anlässlich der Veranstaltung zum Thema

“Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolution 1848/49”.

Revolutionen haben in Deutschland vielleicht nicht die Tradition und Verehrung wie beispielsweise in Frankreich. Dennoch hat auch Deutschland seine Revolutionen, vielleicht weniger spektakulär, dafür aber mindestens ebenso geschichtsprägend. Wenn man die Entwicklung der deutschen Wiedervereinigung auch als eine Revolution bezeichnen darf, so reicht die Geschichte deutscher Revolutionen ganz aktuell bis in unsere jüngste Vergangenheit. Unvergessen sind die Montagsdemonstrationen in Leipzig, die dem Prozeß der Wiedervereinigung vorangingen. Just im Jahr der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution ist damals im November 1989 in Deutschland eine Revolution gelungen. Anders allerdings als Revolutionen normalerweise verlaufen: Ohne Blut, ohne sozialrevolutionäres Pathos, ohne utopische Emphase und ohne intellektuelle Meinungsführerschaft. Und doch war jeweils auslösendes Moment politische und intellektuelle Unterdrückung der Massen durch eine Minderheit, die dies als Freiheitsberaubung ansah und sich, organisiert oder spontan, wehrte.

Gemeinsam ist allen Revolutionen, daß Menschen Veränderung erreichen wollen, indem sie auf die Straße gehen und ihr Recht auf Freiheit und Einigkeit öffentlich, auch unter Anwendung von Gewalt und Gesetzesbruch, einfordern.

Ich freue mich, daß die aufwendig zusammengestellte Landesausstellung „Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/48“ auch nach Aachen gekommen ist. Ergänzt und bereichert wird diese Ausstellung durch zwei Aachener Beiträge:

„Aachen in den Revolutionsjahren 1848/49“

und

„Pressefreiheit 1848/49“.

Ich danke allen, die an der Realisierung dieser drei Ausstellungen mitgewirkt haben und danke ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Aachener Stadtarchivs und unseres Internationales Zeitungsmuseums für ihre erfolgreiche Arbeit zum Gelingen dieser Ausstellung.

Die Ausstellung wird bereichert durch das darf ich schon jetzt sagen, hervorragende Fachvorträge. Alleine das Buch „Petitionen und Barrikaden“, welches diese Ausstellung begleitet, ist für sich ein hochlobenswertes Stück Darstellung und Dokumentation unserer jüngeren Geschichte.

"Die deutschen Staaten werden unabhängig und durch ein föderatives Band miteinander verbunden sein." Mit diesem Satz wurde nach der Niederringung Napoleons durch die europäischen Mächte im Ersten Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 eine Vorentscheidung über die zukünftige staatliche Form Deutschlands getroffen. Nachdem das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" unter dem Ansturm des revolutionären Frankreich 1806 endgültig zusammengebrochen war und die damit verbundene "territoriale Flurbereinigung" in Mitteleuropa die jahrhundertealten Verhältnisse völlig umgewälzt hatte, ging es nun um die Schaffung einer neuen politischen und staatlichen Ordnung. Dabei waren verschiedene Interessen zu berücksichtigen: die europäischen Großmächte legten Wert auf ein stabiles, aber nicht zu starkes Deutschland, das in der Mitte Europas das Gleichgewicht der Mächte (balance of powers) gewährleisten sollte; die beiden deutschen Vormächte Österreich und Preußen strebten danach, ihren jeweiligen Einfluß in Deutschland zu festigen und nicht ins machtpolitische Hintertreffen zu geraten; die deutschen Mittel- und Kleinstaaten wollten einerseits ein einiges Deutschland als Schutzmacht nach außen, waren aber andererseits bemüht, ihre

staatliche Existenz und ihre Souveränität im Innern möglichst ungeschmälert zu bewahren; schließlich meldete sich auch noch die deutsche Öffentlichkeit zu Wort, die, angeregt durch das nationale und liberale Pathos der "Freiheitskriege", einen deutschen National- und Verfassungsstaat forderte.

Angesichts dieser vielfältigen Interessen dauerte es nahezu acht Monate, bis auf dem Wiener Kongreß, auf dem die Vertreter von rund 200 Staaten und Herrschaften über die künftige Ordnung Europas berieten, eine Einigung über die sogenannte "deutsche Frage" zustande kam. Nach langen Verhandlungen wurde am 8. Juni 1815 die "Deutsche Bundesakte" verabschiedet, die in die am 9. Juni fertiggestellte Schlußakte des Wiener Kongresses eingefügt und damit unter internationale Garantie gestellt wurde.

Die Bundesakte legte in 20 Artikeln die Grundzüge der neuen Organisation Deutschlands fest. Der "Deutsche Bund" war danach kein Bundesstaat, sondern ein beständiger Staatenbund, dessen Zweck die "Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten" war. Insgesamt bestand der Bund bei seiner Gründung aus 38 souveränen Staaten, unter denen sich mit den Herzogtümern Holstein und Lauenburg, dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich Hannover auch Gebiete befanden, die ausländischen Herrschern, nämlich den Königen von Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien unterstanden und von diesen im Bund vertreten wurden. Andererseits gehörten Österreich und Preußen dem Bund nicht mit ihrem gesamten Staatsgebiet, sondern nur mit ihren deutschen Provinzen an.

Anstöße zur föderativen Ausgestaltung des Deutschen Bundes im Sinne einer inneren Vereinheitlichung gab es vor allem von seiten der süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, in denen 1818-

1820 moderne Repräsentativverfassungen eingeführt wurden.

Jedoch wurde mit der Errichtung des Metternichschen "Diktatorsystems" in Deutschland der Deutsche Bund zu einem "bevormundenden Polizeistaat". Deutscher Bund und deutsche Nation wurden so zu unvereinbaren Gegensätzen. Besonders nach 1830 begegneten die liberalen und nationalen Kräfte dem Bund zunehmend mit Verachtung.

Vor allem bei der radikalen nationaldemokratischen Opposition, die infolge der französischen Julirevolution einen kräftigen Auftrieb erhielt, wuchs der Haß auf den Deutschen Bund.

Es gelang dem Deutschen Bund, die politische Opposition weitgehend auszuschalten, das staatenbündische System zu erhalten und die Autorität der Monarchen zu stärken. Der Preis dafür war die völlige Diskreditierung des Bundes bei der liberalen Nationalbewegung.

Als diese sich 1848 anschickte, Einheit und Freiheit auf revolutionärem Wege herbeizuführen, brach der Deutsche Bund rasch zusammen. Nachdem am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche die erste frei gewählte deutsche Nationalversammlung zusammentrat, die eine parlamentarische Reichsregierung einsetzte und mit der Ausarbeitung einer freiheitlichen, bundesstaatlichen Verfassung für Deutschland begann, erklärte die Bundesversammlung am 12. Juli 1848 ihre Tätigkeit für beendet und löste sich auf.

Nach dem Scheitern der Revolution kam es 1850/51 zur Wiederbelebung des Deutschen Bundes. Bereits im Sommer 1851 hob die Bundesversammlung die von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen "Grundrechte des Deutschen Volkes" auf. Ferner wurden die 1848/49 in den Einzelstaaten eingeführten liberalen

Verfassungen für unvereinbar mit dem Bundesrecht erklärt, worauf es in einer Reihe von Staaten zur Aufhebung dieser Verfassungen kam.

Die Politik der Unterdrückung war allerdings nicht so durchschlagend und nachhaltig wie im Vormärz 1848. Den endgültigen Zusammenbruch des Unterdrückungssystems des Bundes markierte die Gründung des Deutschen Nationalvereins (1859), der sich ungeachtet des bestehenden Verbots politischer Vereine rasch über große Teile Deutschlands ausbreitete.

Der Deutsche Bund könne, so ein Wunsch seinerzeit, der "Friedensstaat von Europa" genannt werden, weil er eine Machtzusammenballung in Deutschland und damit den Despotismus verhindere, die rechtmäßigen Dynastien stütze, die Vielfalt der Verfassungen gewährleiste und damit die politische Kultur vor der Einförmigkeit bewahre.

Es war eine der zentralen Absichten bei der Gründung des Deutschen Bundes, eine Ordnung zu schaffen, die dazu geeignet war, sowohl im Innem Deutschlands als auch auf europäischer Ebene den Frieden zu sichern. Dieser friedensbewahrenden Funktion in Deutschland und Europa wurde der Deutsche Bund während der gut fünfzig Jahre seines Bestehens in bemerkenswerter Weise gerecht. Es gab in dieser Zeit keine einzige militärische Auseinandersetzung zwischen den deutschen Staaten und nur einen einzigen Krieg gegen eine fremde Macht.

Parallelen zu heute und Deutschlands jüngster Vergangenheit sind faszinierend erkennbar.

In mehreren großen europäischen Krisen bewies sich der Bund als friedensbewahrende Macht. In der Rheinkrise von 1840, die durch eine starke nationale Erregung in Frankreich ausgelöst wurde, trug das starke Militärpotential

des Bundes dazu bei, daß ein Krieg vermieden werden konnte.

Im Vormärz 1848 liegen wichtige Wurzeln der demokratischen Tradition Deutschlands. Hier liegt die Geburtsstunde der politischen Mitbestimmungsrechte des Bürgertums, hier findet der Parlamentarismus seinen entscheidenden Anstoß.

Als große Zentren dieser Revolution gelten gemeinhin Berlin, Frankfurt a.M., Sachsen und Süddeutschland. Die heutige Ausstellung zeigt jedoch sehr anschaulich, daß im Rheinland, ja und auch in Aachen, revolutionäre Gedanken gesponnen und gewaltsam verteidigt wurden.

Das Rheinland und hier vor allem die Grenzstadt Aachen waren für den preußischen Staat eine schwierige Provinz. Als Sonderstatus galt in diesem Regierungsbezirk französisches Recht. Grenznähe und frankophile Mentalität machten allen voran die Stadt Aachen zu einem Einfallstor für revolutionäre Gedanken aus Westeuropa. Wichtiger Meinungsführer war in Aachen, David Hansemann, der auf schnelle Reformen in Preußen drängte.

Der Aachener Gemeinderat trug den Wünschen der Bevölkerung nach mehr bürgerlicher Freiheit Rechnung und verfaßte am 04. März 1848 eine Petition an den preußischen König. Untätigkeit und Zögern des königlichen Herrschers ließen die gereizte Stimmung in den kommenden Wochen steigen. Als am 20. März 1848 die Nachricht von der Revolution in Berlin Aachen erreichte, kam der Stein ins Rollen. Der Zorn der vielen Bedürftigen richtete sich gegen den unbeliebten Oberbürgermeister Edmund Emundts. Unruhen und Sachbeschädigungen waren die Folge. Am 24. März wurde die schwarz-rot-goldene Fahne der Revolution auf dem Turm des Aachener Münsters gehißt.

Im April verschärfte sich die Notlage der unteren Bevölkerungsschicht und mit ihr

der Unmut. Neun Tote waren die traurige Bilanz der Tumulte am 15. April. Mit dem Durchgreifen von Bürgerwehr und Militär endete die Aachener Revolution.

Bemerkenswert dokumentiert wird in dieser Ausstellung, wie im Rheinland der Karneval zu einem Mittel des Aufstandes gegen die Unterdrückung nach „rheinischer Art“ wurde. In allen großen Städten, so auch in Aachen, bildeten sich Bürgervereine, die die Revolution auf humorig-kritische Weise begleiteten und damals den Karneval von heute geprägt hatten. Die Gründung von Karnevalsgesellschaften geht auf die damalige Zeit zurück.

Geblieden ist auch ein bekanntes Lied in Aachener Mundart: Das Wißquaaß-Lied. Die sog. „Öcher Nationalhymne“ wird bis heute im Karneval gesungen. Intoniert den Aufmarsch der Garden. Und gibt mit ihrem Kehrreim: „Vür sönd allemole Öcher Jonge“, einen unverwechselbaren Einblick in die Aachener Volksseele.

Vor diesem lokalpatriotischen Hintergrund freut es mich natürlich besonders, daß neben der NRW-Landesausstellung, das Stadtarchiv Aachen die hiesigen Ereignisse von 1848/49 aufgearbeitet hat und in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Zeitungsmuseum der Stadt auch einen Blick auf das Kapitel „Pressefreiheit“ wirft.

Allen, die zum Gelingen dieser Ausstellung beigetragen haben, gilt mein herzlicher Dank. Sie ist ein wichtiges Zeitzeugnis für die Entwicklung demokratischer Strukturen und erleichtert uns so das Verständnis kaum vergangener und gegenwärtiger Ereignisse.

Ich bin mir sicher, daß die Ausstellung auch in Aachen auf ein reges Publikumsinteresse stoßen wird. Denn schließlich haben sich gerade die Aachener eines bis heute erhalten: Ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein für den Stellenwert der eigenen Stadt und einen dicken Schädel, wenn es um die Durchsetzung

ureigener Interessen geht. In Aachen spannt sich bekanntlich ein Bogen von der Historie zur Gegenwart. Geschichte ist in der Stadt Karls des Großen kein Mythos, sondern gelebte und immer wieder mit Leben erfüllte Realität.

ENDE

(vorgetragen 1998 im Rathaus zu Aachen)